

Fusion pro forma oder integrativ-synergistische Fusion? – Jetzt ist die Politik gefordert



Prof. Dr. Hans Paul Prümm,
Rektor, FHVR Berlin

Als vor drei Jahren die Berliner Politik die Empfehlung des Wissenschafts-

rates für eine Fusion unserer Hochschule mit einer anderen Berliner Hochschule aufnahm, haben wir uns nach intensiver Diskussion für eine Fusion mit der FHW Berlin ausgesprochen. Wir haben uns deshalb auch über den entsprechenden Beschluss des Wissenschaftssenators, Prof. Dr. Zöllner, sehr gefreut. Grundlage dieser Überlegungen war eine integrative Fusion, die nicht nur zu einer zahlenmäßig größeren Hochschule mit einem neuen Namen führen, sondern darüber hinaus Lehr- und Forschungssynergien ebenso wie positive Verwaltungs- und Haushalts-effekte erreichen sollte. Dementsprechend sah ein erster Gesetzesentwurf der Wissenschaftsverwaltung eine neue Hochschule an einem Standpunkt in Berlin-Schöneberg vor. Dieser Entwurf wurde aufgrund des Einspruchs der Finanzverwaltung nicht weiter verfolgt. Ein neuer Ansatz sollte dazu führen, dass der Fachbereich 2 der FHW, die Berufsakademie, zu uns auf den Campus Lichtenberg umzieht, um einerseits diesen Campus zu stärken und zum anderen den Mietzins in Höhe von über 1,3 Millionen €, den die Berufsakademie derzeit für ihre Räumlichkeiten am Ostkreuz an

einen Fremdvermieter zahlt, im Wesentlichen einzusparen. Ein solcher Umzug hatte sich zunächst deshalb angeboten, weil wir auf unserem Campus zurzeit zu viele Räume – allerdings bei der entsprechenden Landeseinrichtung – bezahlen.

Da aber in der Zwischenzeit die Studierendenzahlen sowohl der Berufsakademie als auch der FHVR getiegen sind, ist ein Umzug der Berufsakademie nach Lichtenberg ohne Qualitätsverluste nur noch durch zusätzlichen Raumgewinn möglich. Insofern hat die FHVR verschiedene Varianten in die Diskussion eingebracht. Kurz vor Weihnachten waren sich – fast – alle Beteiligten über den Ausbau der derzeitigen „Ruine“, des Hauses 5, einig. Allerdings verweigerte wiederum die Finanzverwaltung die Mitzeichnung des neuen Gesetzesentwurfs, so dass die Wissenschaftsverwaltung die tatsächliche Umzugsplanung – zumindest für den Moment – von der rechtlichen Fusion abkoppeln will.

Dies ließ bei uns die Alarmglocken klingeln und führte zu einer Sondersitzung des Akademischen Senats am 7.4.2008: Eine lediglich rechtliche Fusion löst die Probleme unserer Hochschule nicht. Zunächst besteht die Gefahr, dass die Politik, wenn die rechtliche Fusion beschlossen ist, dies als Erfolg verbucht und sich zu weiteren Schritten nicht mehr aufraffen kann. Ohne Zuzug der Berufsakademie werden Synergieeffekte weder in Lehre noch in Forschung herbeigeführt: Die Bibliothek würde keinen Zuwachs erfahren; die Diskussion zwischen den Hochschullehrern/-innen beider Einrichtungen käme nicht in dem erhofften Maße zustande; der

Aufbau eines Verwaltungs- und Wirtschaftsinformations-Kompetenzzentrums ließe sich nicht realisieren.

Aber – und dies ist wohl der wichtigste Aspekt – der Campus Lichtenberg würde als solcher langfristig keine positive Perspektive entwickeln können: Dem Campus Lichtenberg fehlt das urbane Umfeld, das ja grundsätzlich die Attraktivität einer Hochschule in einer Metropole ausmacht. Dieses Manko wird nun leider auch nicht von einer positiven Binnenstruktur aufgefangen. Trotz gewisser baulicher Veränderungen und der Installation des StIC bemängeln Studierende, Mitarbeiter/-innen und Hochschullehrer/-innen eine Wohlfühl-Atmosphäre. Die Diskussion etwa um die Öffnungszeiten der Mensa zeigt dies ganz deutlich. Davon, dass die Berufsakademie mit etwa 2000 weiteren Studierenden zu uns kommt, versprechen wir uns nicht nur im Hinblick auf die größere Zahl ein lebendigeres studentisches Leben, sondern wir hoffen auch auf eine Optimierung der räumlichen Binnenstruktur, weil – um nur ein Beispiel zu geben – die höhere Studierendenzahl etwa ein Café ermöglichen würde, das auch noch um 17 Uhr geöffnet ist.

Deshalb beschloss der Akademische Senat auf der Sondersitzung:

Mit Bestürzung hat die FHVR zur Kenntnis nehmen müssen, dass ihr per E-Mail im „Cc“ am 2.4.2008 durch einen Sachbearbeiter mitgeteilt wurde, dass die rechtliche und die tatsächliche Fusion entkoppelt werden. Der AS der FHVR stimmt der Fusion zur FHWR weiterhin zu, allerdings unter folgenden Maßgaben:

- Realisierung des Ausbaus des Hauses 5 und damit (Fortsetzung S. 2)

die Schaffung der Möglichkeit der Implementierung eines Kompetenzzentrums für Verwaltungs- und Wirtschaftsinformatik auf dem Campus Lichtenberg durch rechtzeitig zur Verfügung stellen der Haushaltsmittel zur Fusion.

- Stärkung des Campus Lichtenberg durch die Erhöhung der Studierendenzahl auf 4000, wie in dem

Schreiben der Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung vom 15.1.2008 an die Senatsverwaltung für Inneres und Sport angekündigt.

Es war eigentlich keinem Mitglied des AS klar zu machen, dass es nicht möglich sein soll, aus dem Berliner Haushalt kurzfristig ca. 3 Mio € für den Ausbau des Hauses 5 freizuge-

ben, um möglichst schnell durch den Umzug der Berufsakademie auf den Campus Lichtenberg jährlich ca. 1 Mio € Mietzins zu sparen. Ich kann deshalb alle Akteure im Abgeordnetenhaus und in den zuständigen Senatsverwaltungen nur intensiv bitten, sich einer entsprechenden Lösung nicht zu verschließen.

Prof. Dr. Hans Paul Prümm, Rektor

Internationaler Workshop über Politikverdrossenheit



Teilnehmende Studierende und Dozenten des Internationalen Workshops an der FHVR Berlin.

Foto: FHVR

Vom 9. bis 20. März 2008 fand in der FHVR Berlin unter der Leitung von Prof. Dr. Heinrich Bücker-Gärtner, FB 1, ein Workshop zum Thema „Europaweite Politikverdrossenheit – Strategien gegen den Vertrauensverlust des demokratischen Staates und seiner Institutionen“ statt. Der Workshop wurde von der EU im Rahmen des Erasmus-Programms gefördert. Jeweils 8 Studierende und ein Dozent des University College Ghent (Belgien), der Adam-Mickiewicz-Universität Poznan (Polen), der Universität Växjö (Schweden) und der FHVR hatten sich vorher intensiv mit dem Thema beschäftigt, um im Rahmen der Länderpräsentationen die jeweiligen nationalen Befunde und Analysen darzustellen. Diese Präsentationen wurden durch Fachvorträge ergänzt. Ein Besuch beim Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages vermit-

telte einen detaillierten Einblick in die Arbeitsweise einer parlamentarischen Institution zur Bearbeitung von Problemen der Bürger mit der staatlichen Verwaltung, die es in dieser Form in den anderen Ländern nicht gibt. Dr. Viola Neu, Konrad-Adenauer-Stiftung, stellte in einem Fachvortrag Strategien zum Aufbau von politischem Vertrauen vor.

In drei national gemischten Arbeitsgruppen wurden unterschiedliche Wahlsysteme und ihre Auswirkung auf die Wahlbeteiligung, die Maßnahmen zur Bildung von Vertrauen in Politik und demokratische Institutionen sowie die Rolle der schulischen sowie der politischen Bildung analysiert. Jede Arbeitsgruppe musste einen Ergebnisbericht erstellen.

Den Abschluss des Workshops bildete eine Podiumsdiskussion mit Vertretern der Parteien des Abgeordnetenhaus-

ses von Berlin und dem Journalisten Gerd Appenzeller (Der Tagesspiegel). Trotz zeitlicher Engpässe waren die Politiker Dr. Peter-Rudolf Zotl (Die Linke) und die hochschulpolitischen Sprecher Sebastian Czaja (FDP), Dr. Jutta Koch-Unterseher (SPD), Anja Schillhaneck (Bündnis 90/Die Grünen) und Nicolas Zimmer (CDU) in die FHVR gekommen. Die von Wissenschaftlern mitunter bezweifelte Existenz von Politikverdrossenheit ist für die Podiumsteilnehmer ein Teil ihres beruflichen bzw. politischen Alltages. Die von ihnen vorgeschlagenen Gegenstrategien fielen nur in Nuancen unterschiedlich aus.

Fazit: Der Workshop hat gezeigt, dass der deutsche Begriff Politikverdrossenheit nicht unmittelbar in andere Sprachen übersetzbar ist. Die damit verbundenen Bedeutungsinhalte beziehen sich aber auf Phänomene, die



Deine
eigenen



4

Wände...
Bist du bereit?





1- und 2-Zimmer-Wohnungen rund um den Fernpfluh von ca. 30-55 m² von 260-400 € bruttowarm

- Küche mit Fenster, E-Herd und Spüle
- Fernsehempfang über Breitbandkabel in der Miete enthalten
- Internet über Breitbandkabel möglich
- mit der Tram M5, M6, M8 und M13 Anschluss an die Ringbahn

WGLogo
WGLogo Wohnungsgenossenschaft Lichtenberg eG
Landsberger Allee 180 B, 10369 Berlin
info@wgli.de, Hotline: (030) 97 000 444

www.wgli.de

auch in anderen europäischen Staaten festzustellen sind. Nur in Schweden ist das Vertrauen in den Staat außergewöhnlich hoch; die Einstellung der Bevölkerung gegenüber Europa aber kritischer als in den meisten anderen EU-Staaten. Die in Belgien bestehende Wahlpflicht ist keine Lösung des Problems. Als Gegenstrategien sind eher Möglichkeiten der projektbezogenen politischen Partizipation und die Stärkung der politischen Bildung Erfolg versprechend.

Neben den fachlichen und inhaltlichen Aspekten hat der Workshop indirekt auch Informationen über das Studium an den anderen Hochschulen vermittelt. Für einige Teilnehmer hat er einen Impuls gegeben, ein Auslandssemester durchzuführen. Bemerkenswert war auch, wie sicher die meisten Gäste in deutscher und englischer Sprache fachlich diskutieren konnten.

Über den von der FHVR federführend organisierten Workshop wird ein umfassender Bericht erstellt. Nähere Informationen dazu unter: www.fhvr-berlin.de – Internationales – Wissenstransfer – IP Projekte.

*Anja Schüler, Studentin
BA Verwaltungsinformatik*

Start für MPA

Am 1. April 2008 erfolgte der Startschuss für den zweiten berufs begleitenden Fernstudiengang an der FHVR: Master of Public Administration, kurz MPA. Die hohe Zahl der Bewerber und der zugelassenen Studierenden macht deutlich, dass mit dem Konzept für MPA ein Bedarf für die weitere akademische Ausbildung erkannt und umgesetzt wurde. Die Studierenden werden in regelmäßigen Abständen zu den Präsenzveranstaltungen an der FHVR aus dem gesamten Bundesgebiet anreisen. Da der Fernstudiengang MPA berufs begleitend konzipiert ist, stehen die MPA-Studierenden vor einer großen Herausforderung u.a. bezogen auf die zeitlichen Ressourcen. Wir freuen uns darauf, die MPA-Studierenden in den nächsten vier Semestern zu begleiten und zu unterstützen. Wir hoffen, dass die Studierenden im Sommersemester 2010 erfolgreich ihre Masterthesis verteidigen und die Hochschule

FHVR-Studienangebot stößt auf großes Interesse



Fachliche Beratung über das Studienangebot der FHVR durch Jens Westerfeld, Foto links, und Sylvia Stamm, Foto rechts. Foto: Tietz

Die FHVR Berlin stellte am 4./5.4.08 auf der Hochschulmesse „Studieren in Berlin und Brandenburg“ im Berliner Rathaus ihr Studienangebot vor.

Insbesondere am ersten Messttag herrschte reges Gedränge am Stand der FHVR. Hier konnten sich Schulabsolventen über das Angebot an Bachelor-Studiengängen und so genannten Beamten-Studiengängen informieren. Neben den Studiengängen Öffentliche Verwaltungswirtschaft und Public Management stieß insbesondere der Bachelor-Studiengang Rechtsmanagement auf großes Interesse. Dieses Phänomen legt die Vermutung nahe, dass rechtswissenschaftliche Bachelor-Studiengänge an Fachhochschulen bei den Studierenden von morgen aufgrund ihres starken Praxisbezugs und der kurzen Studienzeiten besonders hoch im Kurs stehen. Am 2. Tag standen die Masterprogramme im Mittelpunkt. Studieninteressierte konnten Informationen aus erster Hand über die Inhalte einholen und sich eingehend beraten lassen. Parallel hierzu

den akademischen Grad des Masters of Public Administration verleihen kann. Die nächste Zulassung für den Studiengang erfolgt im Sommersemester 2009. Ein Dank an Alle, die bei der Umsetzung des Studiengangs mitgeholfen haben!

*Dipl. Kauffrau (FH) Diana Zelas,
Studienorganisation MPA*

hat der MPA-Lehrbeauftragte, Wolfgang Strehl, im Rahmen eines Vortrages den im April neu gestarteten Studiengang Master of Public Administration vorgestellt.

Jens Westerfeld M.A., Studienberater

Personalia

Wir begrüßen an der FHVR:



Prof. Dr. Anastasia Baetge wurde zum 1. März 2008 zur Professorin für „Internationales Privatrecht, Straf-

und Strafrecht“ am Fb 2 – Rechtspflege ernannt. 1986–1991 nahm sie ein Studium der Rechtswissenschaft an den Universitäten von Thessaloniki (Griechenland) und Hannover auf, das sie 1993 mit dem zweiten Staatsexamen in Thessaloniki abschloss. 1994 erwarb Frau Baetge den Magister Legum Europae (MLE) an der Universität Hannover. Von 1995–1996 war sie als Research Assistant in Private International Law an der Harvard Law School in den USA tätig. Am Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Privatrecht (MPI) in Hamburg war Anastasia Baetge von 1999–2001 als wissenschaftliche Assistentin beschäftigt. Im Jahr 2000 promovier- (Fortsetzung S. 4)

te sie an der Universität Hamburg. 2001–2004 arbeitete Frau Baetge als EU-Referentin am MPI. 2001–2005 hielt sie Lehrveranstaltungen zum Internationalen Privatrecht an der Universität Hamburg und 2006–2007 übernahm sie die Lehrtätigkeit an der Fachhochschule Westküste.



Prof. Dr. Dörte Busch wurde zur Professorin für „Zivil und Sozialrecht“ am Fb 1 zum 1.4.2008 ernannt.

Frau Prof. Dr. Busch hat an der Martin-Luther-Universität Halle in Wittenberg studiert und auch das Rechtsreferendariat im Land Sachsen-Anhalt absolviert. Anschließend war sie mehrere Jahre als Rechtsanwältin in einer wirtschaftsrechtlich ausgerichteten Kanzlei tätig. 2003 ging sie zurück an die Universität und hat dort u.a. ein eigenes Forschungsprojekt bearbeitet. Seit dem Wintersemester 2006/2007 war sie als Vertretungsprofessorin für Privat- und Gesellschaftsrecht an der Hochschule Harz am Fb Verwaltungswissenschaften tätig. Sie vertritt an der FHVR Berlin das Zivil- und Sozialrecht am Fb 1. Ihre Forschungsschwerpunkte sind die Schnittstellen zwischen dem Zivil- und Sozialrecht sowie das Vertrags- und Vollstreckungsrecht.

Nina Kirschner und **Stephan Stahlschmidt** sind ab 1.4.2008 als wissenschaftliche Angestellte im Rahmen des Drittmittelprojektes „Erschließen des Täteralters aus Tatvariablen und in Verbindung zu Biografievariablen des Täters bei sexuell assoziierten Tötungsdelikten“ am Fb 3 – Polizeivollzugsdienst befristet beschäftigt.



Gabriele Niehörster unterrichtet seit dem 1. April 2008, zunächst für ein Jahr, als Gastdozentin die Fächer Psychologie und Führungs-

lehre am Fb 3 – Polizeivollzugsdienst. Zuvor war Frau Niehörster fünf Jahre am Institut für Medizinische Psychologie der Universität Greifswald, als wissenschaftliche Mitarbeiterin tätig.



Prof. Dr. Gritt Schönberger

wurde zum 1.4.2008 zur Professorin für „Staats- und Verwaltungsrecht mit dem

Schwerpunkt Polizeirecht“ am Fb 3 – Polizeivollzugsdienst ernannt. Gritt Schönberger studierte von 1991 bis 1996 Rechtswissenschaften an der Freien Universität Berlin. Dort war sie anschließend als wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Straf- und Strafrecht tätig und promovierte über die Voraussetzungen der Unterbringung im Maßregelvollzug. Nach der Referendarzeit in Berlin und Modesto (Kalifornien) trat sie eine Stelle als hauptamtliche Dozentin an der Hochschule der Sächsischen Polizei (FH) an. Seit dem Jahr 2005 war sie Referentin für Rechts- und Personalfragen der Polizeidirektion Dresden.

Lydia Wezel ist seit dem 1.4.2008 befristet als Büchereiangestellte in der Hochschulbibliothek beschäftigt.

Die FHVR Berlin verlassen haben: Martin Bloßfeld, Hochschulbibliothek, ist Ende März 2008 aus der FHVR Berlin ausgeschieden, um seinen Dienst an einem Bundesministerium aufzunehmen.

Prof. Dr. Michael Piazzolo, Fb 1 – Allgemeine Verwaltung, hat die FHVR mit Ablauf Februar 2008 verlassen, um den Ruf an der Hochschule für Angewandte Wissenschaften in München anzunehmen.

Prof. Dr. Karl Johannes Sigrist, Fb 3 – Polizeivollzugsdienst, ist zum 31. März 2008 in den wohlverdienten Ruhestand getreten.

Das befristete Beschäftigungsverhältnis von **Celina Sonka**, Fb 3, ist mit Ablauf März 2008 beendet.

Impressum
FHVR-Info-Zeitung
Zeitung der Fachhochschule
für Verwaltung und
Rechtspflege Berlin
Campus Lichtenberg

Herausgeber: Der Rektor
Redaktion/Layout:
Pressestelle
Manja Lade
Alt-Friedrichsfelde 60,
10315 Berlin
Telefon: (0 30) 90 21 40 27
Fax: (0 30) 90 21 40 57
E-Mail: presse@fhvr-berlin.de

Auflage: 1200
Druck: Hellmich &
Santier GmbH

Namentlich gekennzeichnete
Beiträge müssen nicht die
Meinung des Herausgebers und
der Redaktion widerspiegeln.